

WERNER RUF:

Internationale Perspektiven für eine Friedensregelung?

1. Der Stand des Konflikts

Die völkerrechtliche Ausgangsbasis

Grundlage für eine Regelung des Nahostkonflikts können nach wie vor nur die Resolution 242 des UN-Sicherheitsrats (SR) von 1967 und die ihr folgenden einschlägigen Resolutionen sein. Jedoch enthält diese Resolution zwei Aspekte, die bisher kaum beachtet wurden: Zum einen – ein Unikat in der Geschichte der Vereinten Nationen (VN) – enthalten die englische und die französische Version Formulierungsunterschiede: Während die englische Version Israel zum Rückzug „aus besetzten Gebieten“ (*retreat from territories occupied*) auffordert, verlangt die französischsprachige Version präzise den Rückzug aus den besetzten Gebieten (*retrait des territoires occupés*). Es versteht sich, dass Israel sich immer wieder auf die englischsprachige Version der Resolution beruft, die jedoch insofern nicht tragfähig ist, als die Charta den Gebietserwerb durch bewaffnete Gewalt verbietet.

Der zweite Aspekt betrifft die bisher nirgendwo behandelte Tatsache, dass Resolution 242, indem sie Israel zum Rückzug aus den besetzten Gebieten auffordert, den Staat Israel in den Grenzen anerkennt, die Israel durch den arabisch-israelischen Krieg (Mai 1948 – Febr. 1949) erreichte. Das einzige bis dahin gültige völkerrechtliche Dokument, der Teilungsplan der UN-Generalversammlung vom 29. November 1947 ist damit Makulatur: Israel besitzt nunmehr, völkerrechtlich verbrieft, nicht jene im Teilungsplan vorgesehen 56,5 Prozent, sondern 78 Prozent des früheren britischen Mandatsgebiets Palästina.

Zum Hintergrundsverständnis des Konflikts gehört auch, dass kein Mitglied der VN von Vollversammlung und Sicherheitsrat so oft wegen Verstößen gegen das Völkerrecht verurteilt wurde wie Israel, dass jedoch diese Verurteilungen niemals mit Sanktionen bewehrt wurden.

Der erste Versuch zu Verhandlungslösungen auf bilateraler Ebene

Die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO, die verschiedene palästinensische Gruppen repräsentierte, hatte in den 70er und 80er Jahren immer wieder durch zahlreiche, teils spektakuläre Terroranschläge versucht, Druck auf Israel und die Weltöffentlichkeit zur Lösung des Palästina-Problems auszuüben. Mit dem Ende der Bipolarität verlor die PLO ihre relative Unterstützung durch die Sowjetunion. In der kurzen Phase der Annäherung zwischen den USA und der sich

auflösenden Sowjetunion und unter deren Schirmherrschaft begann auf Druck dieser beiden Mächte in Madrid am 30. Oktober 1991 erstmals eine Konferenz, an der beide Parteien teilnahmen.¹

Zwar blieb diese Konferenz zunächst ohne Ergebnis, jedoch mündete sie unter norwegischer Vermittlung in Geheimverhandlungen, die schließlich im August 1993 zu einer Vereinbarung führten, die ihren Niederschlag in einer *Declaration of Principles* (DOP) fand: Die PLO anerkannte den Staat Israel in den Grenzen von 1967, Israel anerkannte die PLO als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes. Auf die komplexen Details einer teilweisen palästinensischen Selbstverwaltung und deren Abstufung in verschiedenen Zonen soll hier nicht eingegangen werden. Entscheidend ist, dass Oslo Ausdruck der Asymmetrie der Verhandlungspartner war: Der Anerkennung des Staates Israel entsprach nicht die Anerkennung eines palästinensischen Staates in definierten Grenzen und ausgestattet mit Souveränitätsattributen. Ausgeblendet blieben ferner die Flüchtlingsfrage und der zukünftige Status von Jerusalem.

In der Folge von Oslo trieb Israel seine Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten massiv voran, die Erringung von Handlungskompetenz seitens der palästinensischen Behörden wurde sowohl durch Israel behindert wie auch durch Kompetenzstreitigkeit unter den Gruppierungen und Fraktionen der PLO erschwert.

2. Jüngste Lösungsvorschläge

Die „Roadmap“²

Auf Details weiterer von den USA initiiertter Verhandlungsrunden soll hier (Wye River 1998, Camp David 2000) ebenfalls nicht eingegangen werden, da sie keine entscheidenden Fortschritte in der Lösung des Konflikts brachten. Als entscheidender Durchbruch wurde international die Vereinbarung der „Straßenkarte für den Frieden“ vom Mai 2003 gefeiert, „*A performance-based road map to a permanent two-State solution to the Israeli-Palestinian conflict*“. Dieses Dokument erhielt die Weihen der UN-Sicherheitsratsresolution 1515, der damit zugleich seine Alleinverantwortung für die Lösung des Konflikts aufgab und diese an die vier Mitglieder eines Quartetts übergab, die den Fortschritt des in der „Straßenkarte“ festgeschriebenen Prozesses begleiten und überwachen sollten. Diese Mitglieder sind: Die UN, die USA, Russland und die EU.

In der **Phase I**, über die das Projekt nie hinausgekommen ist, sollte erreicht werden:

1 Ausführlich: Johannsen, Margret: Der Nahostkonflikt. VS-Verlag Wiesbaden 2007.

2 http://www.un.org/news/dh/mideast/quartet_communique.htm

Deutsche Übersetzung s. <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Nahost/fahrplan-deutsch.html>

- Die **palästinensische Führung** wiederholt in einer unzweideutigen Erklärung Israels Existenzrecht in Frieden und Sicherheit zu leben und erklärt einen sofortigen und bedingungslosen Waffenstillstand. Die Palästinenser erklären unzweideutig ein Ende von Gewalt und Terrorismus und unternehmen sichtbare Anstrengungen, um Individuen und Gruppen, die Angriffe auf Israelis wo auch immer durchführen oder planen, zu verhaften, zu zerschlagen oder zu verhindern.

- Die **israelische Regierung** unternimmt keine Aktionen, die das Vertrauen untergraben, einschließlich Deportationen, Angriffe auf Zivilisten, Beschlagnahme oder Zerstörung palästinensischer Häuser und palästinensischen Eigentums. Israel zieht sich von palästinensischem Gebiet zurück und baut die dortigen „illegalen“ Siedlungen ab, die nach März 2001 errichtet wurden³ und verzichtet auf weiteren Siedlungsbau. Israel „lockert“ die der Bevölkerung in den besetzten Gebieten auferlegten Zwangsmaßnahmen.

- **Festzustellen ist**, dass fünf Jahre danach keiner dieser Punkte erfüllt wurde, vor allem aber, dass Israel seit Verabschiedung der „Roadmap“ den Siedlungs- und vor allem den Mauerbau in bis dato nicht bekannter Weise vorangetrieben hat.

In **Phase II** soll ein palästinensischer Staat „mit vorläufigen Grenzen und Souveränitätsattributen“ geschaffen werden.

Erst in **Phase III**, zwei Jahre später und nach der „Festigung von Reformen und Stabilisierung palästinensischer Institutionen und nachhaltiger und effizienter palästinensischer Leistungen im Bereich der Sicherheit“ sollen „israelisch-palästinensische Verhandlungen mit dem Ziel eines dauerhaften Vertragswerkes“ geführt werden. Erst dann soll eine endgültige und dauerhafte Lösung erarbeitet werden, die auch einschließt: Die Grenzfrage, (den Status von) Jerusalem, Flüchtlinge, Siedlungen. Dies alles soll dann zu einer umfassenden Lösung (der Probleme) zwischen Israel und Libanon sowie Israel und Syrien führen.

Das heißt, alle wichtigen Fragen werden in Phase III verlagert und sollen dort von den beiden Konfliktparteien gelöst werden: Die Asymmetrie des Konflikts stellt somit schon im Vorhinein sicher, wer Gewinner und wer Verlierer sein wird. Dies belegen auch die äußerst vagen und unpräzisen Formulierungen betreffend die in der Schlussphase zu erreichenden Ziele:

„Die Parteien schließen einen endgültigen und umfassenden Vertrag, der den israelisch-palästinensischen Konflikt im Jahre 2005 beendet durch eine Vereinbarung, die zwischen den Parteien ausgehandelt wird und die auf den Resolutionen 242, 338 und 1397 des UN-Sicherheitsrates fußt, die die Besatzung ... beendet und eine vereinbarte, gerechte, faire und realistische Lösung des Flüchtlingsproblems einschließt, und eine ausgehandelte Lösung des Status von Jeru-

3 Diese Bestimmung ist grotesk und stellt einen eklatanten Bruch des Völkerrechts dar: Sämtliche Siedlungen in den besetzten Gebieten sind völkerrechtswidrig und illegal. Ihre „Legalisierung“ ist ein schwerer Eingriff in die Souveränität des werden sollenden palästinensischen Staates, sie befördert zugleich die Zerstückelung des palästinensischen Gebiets und beschädigt damit die Lebensfähigkeit eines zukünftigen palästinensischen Staates.

salem, das den politischen und religiösen Anliegen beider Seiten Rechnung trägt.“

Daraus ist zu folgern:

- Das Völkerrecht und insbesondere die Resolutionen 242ff werden hier nicht mehr zur Grundlage einer Lösung gemacht, sondern sie werden selbst zum Verhandlungsgegenstand. Der SR ist mit der Frage nicht mehr befasst, er hat sie an das Quartett übertragen.
- Sanktionen im Falle gröblicher Verletzungen der einschlägigen Resolutionen der Sicherheitsrats wie auch der „Straßenkarte“ durch eine oder beide Parteien sind nicht vorgesehen.

Die Genfer Initiative⁴

Dieser Plan für eine Lösung des Konflikts wurde von israelischen und palästinensischen Politikern (Yossi Beilin, ehemaliger Justizminister, Abed Rabbo, vormals Informationsminister, derzeit Generalsekretär des Exekutiv-Komitees der PLO) gemeinsam ausgearbeitet. Auch in der Genfer Initiative artikuliert sich die Asymmetrie der beiden Parteien, mussten die Palästinenser doch erhebliche Zugeständnisse machen. Dennoch stellt sie einen verhandelten und weiter verhandelbaren Vertragsentwurf dar, der von repräsentativen Personen beider Seiten erarbeitet wurde. Dieser Vertragsentwurf regelt vor allem die Binnenverhältnisse zwischen einem israelischen und palästinensischen Staat. Er steht in diametralem Gegensatz zur international vereinbarten Roadmap und geht von folgenden Prämissen aus:

- Beide Seiten anerkennen das Recht auf Staatlichkeit beider Völker.
- Beide Seiten verpflichten sich auf die Normen des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen.
- Israel zieht sich auf die Grenzen von 1967 zurück, die Siedler werden zurückgeführt. Grenzkorrekturen bleiben in beiderseitigem Einverständnis möglich.
- Zwischen der Westbank und dem Gaza-Streifen wird ein ständiger Korridor geöffnet.
- Jerusalem wird die Hauptstadt beider Staaten.
- Für die palästinensischen Flüchtlinge von 1947/48 soll eine gerechte Regelung gefunden werden.
- Die palästinensische Seite akzeptiert die militärische Überlegenheit Israels und insbesondere die Kontrolle des palästinensischen Luftraums durch Israel.

Der Plan enthält durchaus noch Ungenauigkeiten und nicht bis ins Detail ausgearbeitete Probleme, wie insbesondere die unpräzise Regelung der Flüchtlingsfrage oder auch die Frage des Zugangs zu Wasser, die (noch) nicht einvernehmlich geklärt werden konnte. Dennoch ist er um Vieles konkreter als die „Ro-

⁴ Dieser Entwurf eines Abkommens wurde unterzeichnet am 1. Dez. 2003 in Genf.
http://www.genfer-initiative.de/genfer_initiative_deutsch.html

admap“, vor allem weil er die Territorialität des palästinensischen Staates an erste Stelle rückt und diese unzweideutig definiert. Der Plan wurde den internationalen Instanzen – insbesondere der EU – präsentiert der damalige deutsche Außenminister Fischer empfing feierlich die Delegation der Unterhändler – die EU beerdigte den Plan unfeierlich.

Der saudische Friedensplan⁵

Dieser von Kronprinz Abdallah vorgelegt Plan wurde von der Gipfelkonferenz der Arabischen Liga am 28. März 2002 beschlossen. Er fordert von Israel:

- Den vollen Rückzug von sämtlichen Gebieten, die seit 1967 besetzt wurden, auf die Grenzen des 4. Juni 1967, einschließlich der syrischen Golan-Höhen und der noch besetzten Gebiete im Süden Libanons.
- Eine gerechte Lösung des Flüchtlingsproblems im Einklang mit der Resolution 194 der UN-Generalversammlung (vom 11. Dezember 1948).⁶
- Die Akzeptanz der Schaffung eines souveränen, unabhängigen palästinensischen Staates auf den palästinensischen Gebieten, die seit dem 4. Juni 1967 in der Westbank und im Gazastreifen besetzt wurden, mit Jerusalem als Hauptstadt.

Dafür bieten die arabischen Staaten an:

- Den arabisch-israelischen Konflikt für beendet zu betrachten, einen Friedensvertrag mit Israel zu schließen und Sicherheit für alle Staaten der Region zu schaffen.
- Normale Beziehungen mit Israel aufzunehmen im Rahmen dieses umfassenden Friedensplans.

Während die Genfer Initiative teilweise bis ins Detail die Bedingungen für die Existenz eines palästinensischen Staates und für die Beziehungen mit Israel regelte, lag der Schwerpunkt des von der Arabischen Liga übernommenen saudischen Friedensplanes stärker auf den internationalen Beziehungen und einer Lösung, die auf ein regionales System der kollektiven Sicherheit abzielt. Beide Pläne ergänzen sich und sind miteinander kompatibel. Für beide ist die territoriale Definition und Anerkennung eines palästinensischen Staates Ausgangspunkt und nicht vages Endprodukt einer Schlussphase von langen Verhandlungen, wie sie die Roadmap vorsieht. Neu ist am arabischen Friedensplan auch die Forderung nach „einer gerechten Lösung“ des Flüchtlingsproblems, die hier Verhandlungsbereitschaft signalisiert und ebenfalls in die Nähe des Lösungsvorschlags der Genfer Initiative rückt. Trotz ihres konstruktiven Realismus haben beide Pläne in den internationalen Auseinandersetzungen um die Lösung des Konflikts keine Rolle gespielt.

5 <http://www.al-bab.com/arab/docs/league/peace02.htm>.

6 Diese Resolution wird seither jährlich von der Generalversammlung der VN bekräftigt. Israel hat sie am 11. Mai 1949 ausdrücklich anerkannt. Diese Anerkennung war Vorbedingung für die Aufnahme Israels in die VN.

3. Annapolis: Was sind die Ergebnisse?

Ende November 2007 fand im US-amerikanischen Annapolis eine Konferenz statt, zu der Präsident Bush den israelischen Ministerpräsidenten Ehud Olmert und den Präsidenten der palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, eingeladen hatte. In der dort getroffenen Vereinbarung⁷ heißt es:

„Zur Förderung des Ziels zweier Staaten, Israel und Palästina, die Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben, vereinbaren wir, sofort bilaterale Verhandlungen ... zu beginnen, um einen Friedensvertrag zu schließen, der alle offenen Fragen löst ...

Wir vereinbaren energische, fortlaufende und beständige Verhandlungen und werden alle Anstrengungen unternehmen, eine Übereinkunft vor Ende 2008 zu erreichen ...

Präsident Abbas und Ministerpräsident Olmert werden sich weiterhin alle zwei Wochen treffen, um die Verhandlungen zu verfolgen ... Die Parteien verpflichten sich, umgehend ihren jeweiligen Verpflichtungen im Rahmen der Roadmap ... nachzukommen ... und vereinbaren unter der Führung der Vereinigten Staaten einen amerikanischen, palästinensischen und israelischen Mechanismus, um die Verwirklichung der Roadmap zu überprüfen. ...

Die Vereinigten Staaten werden die Erfüllung der Verpflichtungen der Roadmap überwachen und beurteilen. Soweit nicht anders von den Parteien vereinbart, wird die Verwirklichung eines künftigen Friedensvertrages von der Verwirklichung des Fahrplans abhängen, gemäß der Beurteilung durch die Vereinigten Staaten.“

Dieses Ergebnis erscheint nicht nur mager, weil es sich ausschließlich auf die Roadmap bezieht, die ihre Untauglichkeit unter Beweis gestellt hat, sollte sie doch bereits bis 2005 zu einer Friedenslösung führen, ist aber bis heute nicht über ihre erste Phase hinausgekommen. Die Vorschläge der Genfer Initiative und der arabischen Friedensplan wurden nicht in die Verhandlungen eingebracht, sie schienen noch nicht einmal einer Erwähnung wert. Jenseits dieser Feststellung erscheinen vor allem die folgenden Punkte erwähnenswert:

- Nicht mehr die UN, nicht mehr das Quartett, sondern die USA allein „führen“ den Verhandlungsprozess. Entscheidend scheint in diesem Zusammenhang der Satz: „die Verwirklichung eines künftigen Friedensvertrages (wird) abhängen von der Verwirklichung des Fahrplans gemäß der Beurteilung durch die Vereinigten Staaten.“ Einziges konkretes Ergebnis von Annapolis ist die definitive Ausschaltung der VN und der beiden anderen Partner des Quartetts, die diese offensichtlich stillschweigend akzeptiert haben.

⁷ <http://www.al-bab.com/arab/docs/league/peace02.htm> Hier zitiert nach der deutschen Übersetzung in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. Nov. 2007.

• Die übrigen Ergebnisse aber, sofern dieser Begriff überhaupt verwendet werden kann, sind entweder folgenlos oder in ihrer Perspektive katastrophal:

o George W. Bush ist ein scheidender Präsident, er besitzt keine Durchsetzungskraft mehr. Sein großes außenpolitisches Projekt des *Greater Middle East* und des *Democratizing the Middle East* ist definitiv gescheitert. Statt dessen haben sich die USA im selbst organisierten Sumpf der Kriege in Irak und Afghanistan verfangen und sind dabei, über die Beschwörung des internationalen Terrorismus ihr großes Projekt Africom, das die Kontrolle der afrikanischen Ölressourcen zum Ziele hat, zu verlieren, da noch nicht einmal einer ihrer Klienten-Staaten in Afrika bereit ist, den Sitz dieses Oberkommandos zu akzeptieren. Innenpolitisch ist es mehr als zweifelhaft, dass es Bush gelingen könnte, gegenüber der sieben Jahre lang gehätschelten pro-israelischen Lobby einen Frieden durchzusetzen, der diesen Namen verdient.

o Ehud Olmert ist von Korruptionsaffären gebeutelt, seine Regierung abhängig von den rechten Parteien, die die Siedler unterstützen. Selbst wenn er den Palästinensern wie auch immer geartete Zugeständnisse machen wollte, riskiert er seine Regierungsmehrheit.⁸ Die Fähigkeit, politische Entscheidungen gegen die Rechte durchzusetzen, fehlt also auch hier.

o Mahmud Abbas, ein gewählter Präsident, der seine Mehrheit im Volk verloren hat, verzichtet um seines von den USA gestützten Machterhalts willen auf das letzte Faustpfand der Palästinenser: Die UN-Resolutionen, die noch immer die Grundlage der minimalen Einigkeit des palästinensischen Volkes sind. Er hat sich in Annapolis endgültig zum Quisling gemacht und die Hamas gestärkt, die nunmehr als einzige Massenbewegung die nationalistischen Forderungen der Palästinenser vertritt.

Anfang Januar 2008 besuchte Bush die Region mit dem erklärten Anspruch, seinem Plan Nachdruck zu verschaffen. Politisch hatte sich bis dahin nichts geändert: Israel trieb – entgegen den Bestimmungen der Roadmap für Phase I – seine Siedlungspolitik weiter voran ebenso wie die „gezielten Tötungen“ in den besetzten Gebieten. Lt. *Palestine Monitor* haben seit der Annapolis-Konferenz am 28. November die israelischen Überfälle um 220 Prozent zugenommen, 178 Palästinenser sind getötet worden, einschließlich drei Kinder, und 617 Menschen wurden verletzt. All dies ist geschehen, ohne dass die Internationale Gemeinschaft ein einziges Mal protestiert hat.⁹ Mahmud Abbas ging brav zu den – substanz- und ergebnislosen – vierzehntäglichen Treffen mit Olmert. Hamas beschoß vom Gaza-Streifen aus weiter Ziele im Süden Israels. Die mehrfachen und immer noch aktuellen Angebote der Hamas für einen umfassenden Waffenstillstand¹⁰ wurden weiter ignoriert.

8 Diese Diagnose hat sich mittlerweile durch den Auszug Avigdor Liebermanns und seiner Partei „Israel Beitenu“ sowie durch die ultimativen Forderungen der Schas-Partei bestätigt.

9 Louisa Morgantini: Israels kollektive Bestrafungen. In: *Liberazione*, 19. Februar 2008.

10 <http://www.commondreams.org/views06/1104-26.htm>.

In Israel erklärte Bush, dass die Allianz mit den USA Israels „Sicherheit als jüdischer Staat garantiert“¹¹, wohl ohne zu wissen, was sich hinter diesem komplexen Begriff verbirgt: Meinte er einen religiösen Staat, mit dem sich viele Israelis nicht identifizieren können? Oder einen jüdisch-ethnischen Staat, der 20% seiner palästinensischen Staatsbürger ausschließt? In Ramallah sagte Bush, dass ein palästinensischer Staat nicht „durchlöchert wie ein Schweizer Käse“ sein dürfe. Die Lösung der Quadraturen gleich mehrerer Kreise musste das Geheimnis eines Präsidenten bleiben, der von der Komplexität der Gesellschaften des Nahen Ostens und der dortigen Konflikte wohl wenig Ahnung hat.

Vielleicht aber lag der tiefere Sinn der Reise auf einer ganz anderen Ebene: sicher sollten die zunehmend ihre Legitimität verlierenden Partner Olmert und Abbas aufgewertet werden. Dies mag zumindest für den letzteren bezweifelt werden. Möglicherweise standen auch ganz andere Ziele im Vordergrund, die mit Palästina wenig zu tun haben: Israels Präsident Shimon Perez fordert Bush auf, „die Verrücktheit des Iran zu stoppen“, und warnte den Iran, „unsere Entschlossenheit zur Selbstverteidigung nicht zu unterschätzen.“¹² Diese Interpretation liegt nahe, wenn man die übrigen Reiseziele des Präsidenten betrachtet: Die Golfstaaten und Saudi-Arabien, wo er mehrfach seine Drohungen gegen den Iran wiederholte. Die arabischen Gastgeber hielten sich jedoch diskret zurück. So erscheint Israel abermals als Ausgangspunkt für einen möglichen Militärschlag gegen Iran.

Das Ergebnis der Reise kann nur als kontraproduktiv gewertet werden – für einen möglichen Frieden zwischen Israel und Palästina wie für die Stabilität in der Region: Antizionismus, Anti-Amerikanismus und anti-westliche Stimmungen verschmelzen immer mehr. Die Islamisten, allen voran die Hamas, die viel mehr eine palästinensisch-nationalistische denn eine fundamentalistische Bewegung ist, gewinnen Legitimität und die radikalen Kräfte in diesen Bewegungen werden gestärkt – bis hin zu extrem militanten Kräften wie al qa’eda. Zugleich untergräbt die konfrontative Politik der USA die ohnehin prekäre Legitimität der repressiven und mit den USA liierten arabischen Regime. Kurz: Die Instabilität der Region wird verstärkt.

4. Gibt es Voraussetzungen für einen Frieden?

Es dürfte kaum einen Konflikt geben, in dem die Bedingungen für einen Frieden klarer, deutlicher erkennbar, in vielen Bereichen bereits ausgehandelt und seitens des schwächeren Partners akzeptiert sind: Die Palästinenser geben sich mit der Westbank und dem Gaza-Streifen, also den Gebieten, die im 67er Krieg besetzt wurden, als Staatsgebiet für ihren zukünftigen Staat zufrieden. Das sind 22 Pro-

11 http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/7178195.stm

12 Ebenda..

zent des britischen Mandatsgebiets Palästina. Dank Siedlungs- und Mauerbau verbleibt davon inzwischen gerade noch die Hälfte, und diese ist zerstückelt in winzige Parzellen, die dank des Baus von nur für Israelis befahrbaren Straßen weder ökonomisch noch sozial miteinander kommunizieren können. Es ist offenbar nach wie vor die zionistische Ideologie der Landnahme,¹³ das Bewusstsein der militärischen und politischen Überlegenheit, die die israelische Regierung unter dem massiven Druck der Rechten dazu bringt, weiterhin auf Konfrontation zu setzen. Die einstige Oslo-Formel „land for peace“ scheint der Formel “peace without land” gewichen zu sein. Doch ohne Territorium, ohne Wasser, ohne Freizügigkeit, ohne eine eigene Ökonomie ist ein lebensfähiger Staat Palästina nicht denkbar.

Und es gibt hinreichende, präzise und konstruktive Friedenspläne, die wesentlich besser ausgearbeitet sind als die Roadmap, wie insbesondere die Genfer Initiative und den Saudischen Friedensplan. Warum, wenn Frieden gewollt und die Sicherheit Israels auf Dauer garantiert werden soll, werden sie nicht genutzt? Verantwortlich hierfür scheint mir in erster Linie die Politik Israels, die noch immer das zionistische Ziel der Landnahme verfolgt und die ohne die schier bedingungslose, politische wie vor allem auch finanzielle Unterstützung der USA, aber auch durch das Wegsehen der EU nicht möglich wäre.

- Unter dem Dach der Roadmap und dem Schutz der USA kann die israelische Rechte das zionistische Projekt der Landnahme weiter vorantreiben. Dies hat zur Folge die Verhinderung eines palästinensischen Staates, der diesen Namen verdient, und damit das Fortbestehen der Instabilität im Nahen und Mittleren Osten. Nicht auszuschließen ist, dass innerhalb der israelischen Führung eine Art pathologischer Lernprozess dazu führt, Sicherheit nur militärisch und repressiv zu denken und die daraus resultierende Bedrohung zu territorialer Ausdehnung und militärischer Aufrüstung zu nutzen.

- Die USA (und in der Tendenz die EU) scheinen gegenüber Israel eine Toleranz an den Tag zu legen, die jede rationale, auf Ausgleich und Versöhnung angelegte Politik in der Region blockiert.

- Dem realen Sicherheitsinteresse Israels als eines Staates in der Region, der mit seinen Nachbarn einen Ausgleich finden muss, ist hiermit nicht gedient: Die Wahrnehmung wechselseitiger Bedrohung und daraus resultierende Rüstungswettläufe füllen zwar die Kassen der Rüstungsexporteure, tragen aber nicht zur Sicherheit der Staaten in der Region bei.

- Die gegenwärtige Politik der USA – und in ihrem Gefolge die der EU – läuft darauf hinaus, allenfalls eine symbolische Form von Staatlichkeit für die Palästinenser zu schaffen, die ausgestattet sein wird mit einer Flagge und einem Staatspräsidenten. Palästina selbst wird weiterhin abhängig sein von den internationalen

13 Dies wird beispielsweise illustriert durch die Tatsache, dass zwischen 2000 und 2007 von 1.624 palästinensischen Baugenehmigungen (in den palästinensischen Gebieten!) nur 91 genehmigt wurden. Zahlreiche „illegale“ Bauten, darunter eine Schule, wurden abgerissen. Im gleichen Zeitraum wurden in den besetzten Gebieten 18.372 Häuser und Wohnungen für israelische Juden gebaut. (S. Der Standard, 22. Februar. 2008.

Almosen, die für eine prekäre Grundsicherung der Mindestbedürfnisse der palästinensischen Bevölkerung notwendig sind. Damit besitzt die „internationale Gemeinschaft“, wie der Westen sich nennt, wenn er sich nicht auf die Legitimität der VN berufen kann, weiterhin jenes Erpressungsinstrument, das sie schon seit Jahren wirkungsvoll einzusetzen versucht.

- Palästina selbst aber wird so ein von eben dieser „internationalen Gemeinschaft“ organisierter *failed state* sein, also ein Gebilde, das in der Diktion der westlichen Außenpolitik gemeinhin als Brutstätte des Terrorismus bezeichnet wird. Und in der Tat: Die institutionalisierte strukturelle Gewalt, die Resultat der andauernden Besetzung ist, birgt in sich die permanente Gefahr des Umschlags in offene widerständige Gewalt, der dann das Etikett „Terrorismus“ aufgeklebt werden kann.

5. Rolle und Verantwortung der EU

Die EU geriert sich weltweit als Verteidigerin der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Insbesondere zu Zeiten des deutschen Außenministers Josef Fischer plädierte sie für Multilateralismus und ein Verhältnis „auf gleicher Augenhöhe“ mit den USA. Im Nahostkonflikt jedoch degradierte sie sich zur reinen Helfer- und Aufbau-Organisation, die noch nicht einmal eine verbale Protestnote artikuliert, wenn ihre millionenschweren Infrastrukturprojekte von den israelischen Streitkräften vernichtet wurden. Schlimmer noch sind ihre Unterlassungen auf politisch-diplomatischer Ebene:

- Die EU hat nicht gegen die Einrichtung des „Quartetts“ der Roadmap protestiert und den verbindlichen Charakter der UN-Resolutionen nicht hoch gehalten. Statt dessen hat sie sich eitel in den Reigen der „Großen Mächte“ einbinden lassen – möglicherweise in der Hoffnung, eigene Interessen in der Region besser vertreten zu können.

- Die EU hätte zusammen mit den VN und Russland innerhalb des Quartetts ein Eigengewicht entwickeln können, welches – auf der Basis des Völkerrechts – eine gerechte und dauerhafte Lösung des Konflikts hätte ermöglichen können.

- Eine Unterstützung der Genfer Initiative und des arabischen Friedensplans hätte ihren öffentlich deklamierten Prinzipien entsprochen und ihr Gewicht in der Region erhöht.

- Die Ernennung des Tony Blair zu ihrem Beauftragten kann in der arabischen Welt nur als Provokation verstanden werden: Großbritannien ist Hauptverantwortlicher des Problems, hat es doch zeitgleich (1916/17) den Haschemiten ein geeinigtes Königreich versprochen für ihren Aufstand gegen die osmanische Herrschaft, die Balfour-Declaration zur Errichtung einer „jüdischen Heimstätte“ in Palästina als Gegenleistung für die Unterstützung der zionistischen Organisationen im Krieg gegen das Deutsche Reich abgegeben und schließlich das Sykes-Picot-Abkommen geschlossen, das die koloniale Aufteilung der Region zwischen

Großbritannien und Frankreich vorsah. Tony Blair, neben dem aktuellen US-Präsidenten Hauptbetreiber des völkerrechtswidrigen Krieges gegen den Irak, ist eine der bestgehassten Personen in der arabischen Welt.

- In Annapolis hat sich die EU – sprachlos – von den USA aus dem Prozess der Roadmap verabschieden lassen und somit auf jede eigene Gestaltungsmöglichkeit des weiteren Konflikt- und Verhandlungsverlaufs verzichtet.

- Für das voraussehbare Scheitern des weiteren Verlaufs solcher Art von „Friedensstiftung“ trägt sie schwere Verantwortung.

6. Perspektiven für eine linke – das heißt: friedensorientierte – Politik

- Diese muss sich streng an den Regeln des Völkerrechts orientieren. D. h. völkerrechtliche Prinzipien und vor allem die Resolutionen der VN und vor allem ihres Sicherheitsrats müssen Grundlage für eine gerechte Lösung des Konflikts bleiben. Ein zwingend notwendiger palästinensischer Staat kann nicht existieren ohne Territorium, Souveränitätsrechte, eine legitime Hauptstadt und eine lebensfähige Ökonomie. Die Errichtung eines Schein-Staates wird den Konflikt nicht lösen sondern verschlimmern.

- Die vorliegenden, konstruktiven Lösungsvorschläge, insbesondere die Genfer Initiative und der arabische Friedensplan, verdienen Unterstützung, da sie weitreichende Konzessionen darstellen und alleine gewährleisten, dass die Sicherheit – gerade auch Israels – dauerhaft gewährleistet werden kann. Zugleich sind in ihnen wichtige Voraussetzungen enthalten, die auf beiden Seiten bereits einmal – vor der Regierungszeit Sharons – mehrheitsfähig waren.

- Die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts kann nur erfolgen im Rahmen einer Gesamtlösung des Nahostkonflikts, zu der – im Einklang mit den Resolutionen der VN! – auch die Lösung des Konflikts mit Libanon und vor allem mit Syrien gehören.

- Schließlich muss eine Lösung eingebettet werden in ein Konzept, das die gesamte Region betrifft: Statt die Region (und vor allem Israel) als Ausgangsbasis US-amerikanischer Bedrohungs- und Angriffsszenarien wie beispielsweise derzeit gegen den Iran zu nutzen, muss eine regionale Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit errichtet werden, die vertrauensbildende Maßnahmen zum Ziel haben muss wie insbesondere Rüstungskontrolle, Abrüstung, wirtschaftliche und kulturelle Kooperation. Dies könnte in der gegenwärtigen Situation vorrangige Aufgabe der EU sein, die das größte Interesse haben müsste, durch einen gerechten Frieden und die Stabilisierung der Region der Latenz der Gewalt ein Ende zu setzen.

- Annapolis, die gescheiterte Roadmap und die exklusive Führung des Friedensprozesses durch die USA scheinen mir nicht nur nicht zielführend, sondern für eine gerechte und auf beiden Seiten akzeptable Lösung kontraproduktiv.